über braucht also grundsätzlich nicht mehr gestritten zu werden. Es bleibt als strittige Kernfrage die übrig, zu welchem Zeitpunkt Deutschland seine Forderungen nach Sicherheit erfüllt sehen wird. Für Frankreich ist es sehr einfach, sein Heer von einer sowieso kurz dienenden Mannschaft in eine noch kürzer dienende umzuwandeln. Deutschland aber soll das Reichsheer, das sich aus Soldaten zusammensetzt, die 12 Jahre lang dienen, in ein Milizheer umwandeln. Erst in einer zweiten Etappe sollen nach den französischen Vorschlägen dann die erforderlichen Waffen für dieses neue Milizheer beschafft werden. Man mutet uns also eine nochmalige Abrüstung zu; denn es ist klar, daß durch eine derartige Umorganisation unsere Wehrkraft noch weiter vermindert werden würde. Es ist wesentlich, daß Frankreich das deutsche Milizheer zuerst ohne die notwendigen Waffen umorganisiert sehen will und erst zu einem noch absolut nebelhaften Zeitpunkt uns die notwendigen Verteidigungswaffen zugestehen will. Es ist absolut unmöglich, daß um solcher Forderungen willen die deutsche Sicherheit weiter in Frage gestellt werden soll. Die Welt muß und wird einsehen, daß der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage logisch, klar und unanfechtbar ist. Der Reichsregierung ist selbstverständlich eine Abrüstung der anderen auf unseren Status am liebsten. Die Verantwortung liegt nicht bei uns, sondern bei den anderen. England und Frankreich sind unsere Schuldner in der Abrüstungspolitik geworden, wir sind die Gläubiger. Unsere Forderungen sind gut und gerecht.

Die „Berliner Börsenzeitung" unterstreicht, daß das grundsätzliche Hauptziel der deutschen Politik nach wie vor die Abrüstung der hochgerüsteten Mächte ist und daß die deutsche Forderung nach einer Anpassung des deutschen Rüstungsstandes an die primitivsten Verteidigungsnotwendigkeiten keine Aufrüstungsforderung, sondern eine Mindestforderung deutscher Gleichberechtigung ist. Das Blatt nimmt in diesem Zusammenhang auch zur letzten Chautempsrede Stellung und weist darauf hin, daß bisher noch kein maßgebender französischer Staatsmann den Nichtabrüstungswillen seines Landes in so ungeschminkter Form kundgegeben habe.

In der „Kreuz-Zeitung" wird festgestellt, daß die Argumente, mit denen Frankreich seine zweifelhafte Haltung verteidige, heute weniger durchschlagend denn je seien. Allmählich habe es sich in der Welt herumgesprochen, daß Deutschland gerade unter seiner neuen Staatsführung nur noch friedliche Absichten habe und daß im Vordergrunde unseres Interesses die Arbeiten für den inneren Aufbau stehen. Man muß endlich auch der Tatsache Rechnung tragen, daß das Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes nicht mit anderen Maßstäben gemessen werden darf als das anderer großer Völker.

Eine trübe Bilanz

Vierzehn Jahre Saargrubenverwaltung.

Die „Saarbrücker Zeitung" gibt einen wirtschaftlichen Ueberblick über die Preis- und Absatzpolitik der französischen Saargrubenverwaltung in den letzten 14 Jahren. „Acht Tage nach dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages hielt die „Administration des Mines Domaniales Francaises de la Sarre" im Saargebiet ihren Einzug. Durch diese Verfügung der Siegermächte ward die hauptsächlichste Lebensgrundlage des Saargebietes, die Kohlengruben, in die Hände des französischen Staates gelegt, der hier fortan als unbeschränkter Eigentümer nach Belieben schalten und walten sollte. Diese Maßnahme ist heute nach vierzehn Jahren in ihrer ganzen Tragweite noch nicht recht verständlich, wenn man bedenkt, daß bei der Uebernahme nicht weniger als 56 000 Arbeiter, mit ihren Familien also rund 200 000 Menschen, im Saargebiet von den Gruben als Erwerbsstätte abhängig waren.

Es wirft ein eigentümliches Licht auf die damalige Rechtsauffassung, wenn ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Saargebietes von ihrem neuen Brotherrn, dem französischen Staat, abhängig gemacht und gleichzeitig nach außen hin die politische Neutralität des Saargebietes proklamiert wird. Es hat denn auch an Protesten nicht gefehlt und die damaligen Machthaber wußten sehr wohl, welch ungeheurer wirtschaftlicher Einfluß über den Besitz der Kohlengruben ausgeübt werden konnte.

Es ist kein Zufall, daß Frankreich, nachdem es mit der Forderung einer sofortigen Annexion des Saargebietes nicht durchzudringen vermochte, sich mit aller Energie für die Uebereignung der Saarkohlengruben einsetzte, die den Schlüssel zur saarländischen Wirtschaft bilden. Es wird alsdann die Absatzkrise des Saargebietes besonders untersucht und dabei wird festgestellt: „Es liegt keineswegs in unserer Absicht, die französische Grubenverwaltung allein für diese Krise verantwortlich machen zu wollen, trotzdem wir feststellen müssen, daß ihre Preispolitik und Absatzpolitik die Abwärtsentwicklung des Absatzes und der Erlöse in starkem Maße gefördert haben. In diese Lage konnte die französische Grubenverwaltung allerdings nur wiederum durch ihre politische Bindung an Frankreich und die damit im Zusammenhang stehende Rücksichtnahme auf die französischen Kohlenproduzenten kommen.

Um den Saarkohlenabsatz nach Frankreich aufrechtzuerhalten, bedarf es keineswegs einer französischen Verwaltungsform wie sie den Saargruben durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde. Im Gegenteil, es liegt sowohl im Interesse von Frankreich als von Deutschland, wenn diese wirtschaftlich absolut unhaltbar gewordenen Zustände sobald als möglich liquidiert werden."

Noch Meinungsverschiedenheiten

Saarfrage erst heute vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 20. Januar.

Für die am Freitagnachmittag im Völkerbundsrat erwartete große Aussprache über die Saarfrage hatten sich viele internationale Journalisten und ein zahlreiches Publikum im Völkerbundshaus eingefunden. Wider Erwarten wurde das Saarproblem von neuem von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abgesetzt und auf Sonnabend vormittag verschoben. Diesen Beschluß faßte der Rat in einer geheimen Sitzung. Offenbar sind die Gegensätze innerhalb des Rates selbst noch durchaus nicht bereinigt.

Während die Italiener und Engländer sich bis jetzt gegen eine allgemeine Aussprache über die Saarfrage gewandt haben, weil dadurch die Spannung nur vergrößert werden könnte, scheinen die französisch orientierten Ratsmitglieder immer noch auf eine allgemeine Aussprache hinzudrängen, die sie zu Angriffen gegen die angebliche nationalsozialistische Agitation im Saargebiet benutzen wollen. Vor der geheimen Sitzung des Rates findet eine öffentliche Sitzung statt, auf deren Tagesordnung aber nur kleinere Fragen, wie Finanzberichte, Sklavenhandel und die Frage der Uebersiedlung eines Teiles der Assyrer des Königsreiches Irak nach Brasilien, stehen.

„Saargebiet ist deutsches Land"

Die Monatsschrift „Le Franciste", das offizielle Organ einer jungfranzösischen Bewegung, die faschistischen Tendenzen zuneigt, das parlamentarische Regime beseitigen will und eine loyale Verständigung mit dem neuen Deutschland erstrebt, schreibt zum Saarproblem: Für uns ist das Saargebiet nach Rasse, Kultur und Ueberlieferung deutsches Land. Es hängt am Vaterland und muß durch eine vernünftige Regelung seines endgültigen Status das Bindeglied zwischen zwei großen Ländern bilden, die Besseres zu tun haben als sich alle 50 Jahre zu bekriegen.

95 v. H. der Saarländer wollen trotz der dickköpfigen Verblendung unseres Regierungspräsidenten und trotz der verwunderlichen Enquete von Leuken, die ihre Wünsche für Wirklichkeit nehmen, zum Reich zurück. Ein Elsaß-Lothringen hat genügt; die Saar zu einer neuen Irredenta machen zu wollen, wäre ein Verbrechen.

Starke Gegensätze in Genf

Der Völkerbundsrat verhandelte Freitagabend über eine Stunde in geheimer Sitzung über die Saarfrage. Dabei fand ein eingehender Meinungsaustausch über das ganze Problem statt. Der Präsident der Saarkommission, Knox, soll dabei die Lage im Saargebiet als außerordentlich ungünstig und bedenklich geschildert haben. Da der Präsident der Regierungskommission bekanntlich in allen Fragen einseitig Partei ergriffen habe, können diese Auskünfte in keiner Weise eine geeignete Grundlage für die Entschlüsse des Rates bilden.

Wie man hört, haben sich im Verlauf der Geheimen Ratssitzung starke Gegensätze gezeigt. Es ist nicht gelungen, zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Grundsätzlich wurde allerdings beschlossen, dem Berichterstatter Aloisi noch vier weitere Ratsmitglieder zuzuteilen, um so einen Fünferausschuß zu bilden, der die vorbereitenden Maßnahmen für die Volksabstimmung treffen und dem Rat für seine Maitagung entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Die Namen der vier beigeordneten Ausschußmitglieder stehen noch nicht endgültig fest. Der Berichterstatter wurde beauftragt, die Verhandlungen über diese Frage bis zu der für Sonnabendnachmittag vorgesehenen Ratssitzung zum Abschluß zu bringen.

Auch der Bericht selbst ist Freitagabend nicht fertiggestellt worden, ein Beweis dafür, daß sich starke Widerstände gegen den schon vorliegenden Berichtsentwurf gezeigt haben. Auch hierüber sollen vor der Ratstagung am Sonnabend Entscheidungen gefällt werden. In Völkerbundskreisen sagt man, daß noch Gegensätze in den Nuancen bestünden, doch könnten diese „Nuancen" außerordentlich wesentlich sein

Dollfuß mit den Sozis?

Die Vorstände der parlamentarischen Parteien der Großdeutschen, des Landbundes und der Sozialdemokratie sind einberufen worden, um zu den innerpolitischen Erklärungen des Bundeskanzlers Dollfuß Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie beabsichtigt, Pressemeldungen zufolge, die innerpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers dahin zu beantworten, **daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft bereit sei, an dem Verteidigungskampf für die Selbständigkeit Oesterreichs mitzuwirken und eine Verfassungsänderung nicht grundsätzlich abzulehnen, falls die sozialen Rechte der Arbeiterschaft geachtet würden.**

Blutzeugen gegen Dollfuß

Beim Abtransport ins Konzentrationslager befreit

In Krieglach (Steiermark) kam es bei der Ueberführung eines Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Wöllersdorf zu einer großen nationalsozialistischen Kundgebung. Vierhundert Personen besetzten die Bahnhofstraße und suchten die Zugänge zum Bahnhof zu sperren. Einige Personen legten sich auf die Schienen, um den Abgang des Zuges zu verhindern. Die Gendarmerie, die der Menge nicht gewachsen war, sah sich daher zur Freilassung des Verhafteten gezwungen. Nachdem jedoch Verstärkung eingetroffen war, ging die Gendarmerie mit Bajonetten vor, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden, eine durch fünf Stiche in die Bauchgegend, eine andere durch einen Stich in die Kniegegend. Trotz des neuerlichen Eingreifens der Gendarmerie konnte der Abtransport verhindert werden. Der Häftling wurde im Triumph auf die Straße zurückgebracht.

Oesterreich in der Krise

Die Massenverhaftungen dauern an.

Linz (Donau), 20. Januar.

Von unbekannten Tätern wurden nachts gegen das Gerichtsgebäude in Linz und gegen das katholische Gesellenvereinsheim wiederum Papierböller geworfen. Unter größtem Aufgebot fand daraufhin eine Fortsetzung der Polizeirazzia statt.

Die Zahl der im Linzer Stadtgebiet allein festgenommenen Personen ist auf mehr als hundert gestiegen. Ein Teil der Verhafteten wurde bereits nach Wöllersdorf abgeschoben. Gegen eine Reihe von Gewerbetreibenden soll mit dem Entzug der Konzession und der Betriebssperre vorgegangen werden. Zur Zeit dauern in ganz Oberösterreich die Verhaftungen noch an.

Darum Gleichberechtigung!

Stand der Heere unserer unmittelbaren Nachbarn

Staat	Friedensstärke	Kriegsstärke	Heeresausgaben in %	Schwere Geschütze	Flugzeuge
Deutschland	100 000	100 000	4,5	22 [1])	—
Dänemark	26 000	150 000	11	36	100
Niederlande	38 000	300 000	16,5	71	205
Belgien	72 000	600 000	10,03	199 [2])	300
Frankreich	653 224	4 500 000 + 1 000 000 [3])	34	rd. 1200	3000 rd. 5000 [4])
Schweiz	26 000	400 000	12	172 [5])	125
Oesterreich	30 000	30 000	3,5	—	—
Tschechoslowakei	176 000	1 300 000	23	432	rd. 850
Polen	266 015 + 33 803 [6])	3 200 000	34,38	422	rd. 1000
Litauen	18 000	200 000	19,75	18	80

[1]) eingebaut; [2]) ohne Festungsgeschütze; [3]) Farbige; [4]) im Krieg; [5]) ohne Festungen; [6]) Grenztruppen.

„Englisch in 10 Tagen"

So lautete die zugkräftige Reklamezeile, die man vor kurzem in einer Reihe ausländischer Zeitungen fand. Schlicht und bescheiden stand darunter: „Senden Sie mir 2 Mark in Briefmarken und ich gebe Ihnen sofort die Gebrauchsanweisung." Und die Gebrauchsanweisung lautete folgendermaßen: „Teilen Sie die Sprache in 10 gleiche Teile und lernen Sie jeden Tag einen auswendig." Es gab viele Anzeigen gegen den Aufgeber des Inserats, ein Beweis, daß mit der Dummheit immer noch Geschäft zu machen ist.

Bauern, baut Flachs!

Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, werden die für die Förderung des Flachsanbaues im vergangenen Jahre ergriffenen Maßnahmen auch für das Anbaujahr 1934 fortgesetzt und die erforderlichen Mittel hierfür bereitgestellt. Dadurch wird es möglich, die Beihilfen, die für den Flachsanbau bisher gezahlt worden sind, in der bisherigen Höhe auch in diesem Anbaujahr weiter zu gewähren. Eine Vermehrung des Flachsanbaues ist nicht allein im Interesse einer zweckmäßigen Verteilung der Anbauflächen unter Verminderung des Anbaues derjenigen Früchte, bei denen bereits eine Ueberzeugung besteht, sondern auch zwecks Aufbau einer nationalen Faserstoffwirtschaft geboten. Soweit es die klimatischen, Boden- und Verwertungsverhältnisse gestatten, wird daher empfohlen, bei der bevorstehenden Frühjahrsbestellung den Flachsbau entsprechend zu berücksichtigen. Mit der Durchführung der Maßnahmen ist wie bisher die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 19, Krausenstraße 25 bis 28, beauftragt, die auch weitere Auskünfte erteilt.

Auf Lichtmeß zu

Fast scheint es, als sollte der Januar, der Hartung, winterlos bleiben. Von hartem Frost oder dichtem Schneefall ist nichts zu spüren. Dagegen hängt der Himmel voller Regenwolken. Der Landwirt siehts mit Sorgen. Er hat im Januar strenge Kälte lieber. Sie ist ihm nicht nur Helferin in der Bodenverbesserung sondern auch in der Ungezieferbekämpfung. Schon treten wir in das letzte Drittel des Januar ein. Langsam steigt die Sonnenscheibe aus dem dunklen Wintertal aufwärts und verlängert unseren Tag bis zum Ende des Monats schon um eine volle Stunde. Diese Tatsache vermag uns etwas mit dem Nebelgrau unserer Tage auszusöhnen. Es geht aufwärts. Vom 20. Januar ab steigt nach altem Bauernglauben der Saft wieder in die Bäume. In verschiedenen Gegenden des deutschen Vaterlandes überzeugt sich der Landwirt und Gärtner durch einen Schnitt in die Baumrinde von dem Winderkehren des Lebens in der Natur. Und dann hat die Winterruhe des Bauern ein Ende. Die ersten Vorbereitungen werden getroffen, um die Garten- und Feldarbeit wieder aufnehmen zu können. Er hütet sich aber sehr wohl, voreilig zu handeln, denn der Winter ist noch im Land und kann uns mancherlei Ueberraschungen bringen. Doch die Zeit läßt sich nicht aufhalten; ist erst der Januar vorüber,, dann geht es mit Riesenschritten auf den Frühling zu. Habt ihr schon einmal im Garten nachgeschaut? Ganz vorsichtig stecken unter schützender Laubdecke die ersten Frühlingsblumen ihre hellgrünen Fühler heraus. Sie lassen sich durch die außergewöhnlich milde und feuchte Witterung täuschen. Auch wird es gar nicht mehr so sehr lange dauern, bis die dunklen Knospen an Baum und Strauch sich zu dehnen beginnen. Um sie vor Schaden und Frostestod zu bewahren, möchte man wünschen, daß der Winter sich seiner Pflichten erinnere, bevor er mit zunehmendem Licht und lauem Frühlingshauch überhaupt vertrieben wird. Lichtmeß ist nicht mehr weit, von da an ist seine Herrschaft sowieso erschüttert und umstritten.